
Protokoll
über die 41. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Gefahrenabwehr und Ordnung am
11.01.2018

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:42 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 1.029

Anwesenheit

Vorsitzender

Strauß, Manfred
entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Möller, Roman
entsandt durch SPD-Fraktion

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Friedrich, Jürgen
entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

ordentliche Mitglieder

Brauer, Hagen Dr.
entsandt durch ZG AfD
Davids, Steffen
entsandt durch SPD-Fraktion
Klein, Ralf
entsandt durch CDU-Fraktion
Lemke, Klaus
entsandt durch CDU-Fraktion
Micheilis, Irina
entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Voß, Peter
entsandt durch Fraktion DIE LINKE

Verwaltung

Behr, Hauke Dr.
Friedrich, Christian
Funk, Marion
Liebenau, Ulrike
Nitz, Carola
Nottebaum, Bernd
Schlick, Stefan
Walter, Sven

Gäste

Tuchel, Ina
Zischke, Thomas

Leitung: Manfred Strauß

Schriftführer: Monika Fender

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 40. Sitzung vom 14.12.2017 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
 - 4.1. 1. Information zum Sachstand der Sicherungsmaßnahme Deponie Finkenkamp
 2. Überplanmäßige Ausgabe
 Vorlage: 01217/2017
5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
 - 5.1. Hundekotbeutel aus verrottungsfähigem Material
 Vorlage: 01236/2017

5.2. Einführung einer Ersthelfer-App
Vorlage: 01246/2017

6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Herr Strauß, der Vorsitzende, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 40. Sitzung vom 14.12.2017 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift der 40. Sitzung (öffentlicher Teil) wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Hr. Walter informiert zur Kündigung des Betreibers vom Altstadtfest ab dem Jahre 2018. Dem Betreiber seien die erhöhten Kosten (höhere Sicherheitsmaßnahmen, GEMA-Gebühren etc.) zu hoch. Auf Nachfrage teilt Hr. Nottebaum mit, dass es keinen Rahmenvertrag für diese Veranstaltung gab, sondern jedes Jahr die Genehmigungen neu beantragt wurden. Zum weiteren Umgang mit der Absage wird man sich jetzt verständigen müssen. Für das Jahr 2018 soll auch eine Ausschreibungsmöglichkeit durch das Stadtmarketing geprüft werden. Dazu sollen im Vorhinein bestimmte Kriterien aufgelistet und entwickelt werden.

Zur Anfrage von Fr. Tüchel im letzten Umweltausschuss zu den Vorkommnissen in Lankow wird berichtet, dass die Staatsanwaltschaft hier noch in einem laufenden Verfahren sei und somit keine weiteren Informationen zunächst erfolgen können.

Fr. Nitz unterrichtet die Ausschussmitglieder zu einer erfolgten kontinuierlichen Sitzung in Rostock bezüglich einer Arbeitsgruppe zum Thema fahrradfreundliche Kommunen. Dabei soll das Netzwerk zwischen den Städten weiter aufgebaut. Schwerin wird sich an der Arbeitsgruppe beteiligen.

Weiterhin wird zur Gründung einer Klima Allianz mit fünf Paten informiert. Ziel ist es, den Klimaschutz für Bürger, Firmen etc. noch transparenter darzustellen. Für die Stadt fallen dabei keine zusätzlichen Kosten an.

Des Weiteren macht Hr. Nottebaum darauf aufmerksam, dass eine Einigung zur neu gepflanzten Baumart am Großen Moor mit dem BUND erfolgt ist. Die Fachverwaltung hat dem BUND mitgeteilt, dass sie aus den Vorschlägen des Verbandes den spitzkronigen Rotahorn pflanzen will. Zu der besonderen geforderten Bewässerung des BUND soll ein Gespräch mit dem BUND und der Verkehrsbehörde erfolgen.

Hr. Dr. Behr gibt Auskunft darüber, dass das Gutachten zum Lärmaktionsplan 2013 aktualisiert werden soll. Hr. Dr. Brauer regt an, die Laubblassgeräte mit zu berücksichtigen.

Außerdem wird zu den Schnittarbeiten am Burgsee berichtet. Hier gab es erneut eine Beschwerde vom BUND. Die Schnittarbeiten seien notwendig, da der Fehlschnitt der Weiden korrigiert werden musste. Dies erfolgt in drei Phasen, danach werden keine Schnittarbeiten mehr erfolgen. Auch das Biotop wird dabei nicht zerstört.

Hr. Strauß weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass beim Bertha-Klingberg-Platz ca. fünf weitere Bäume abgenommen wurden, die aus seiner Sicht nicht sachgerecht geschnitten wurden. Die Verwaltung bemerkt, dass hierzu ein Antwortentwurf durch die SDS erfolgen soll und mit an das Protokoll geheftet wird.

Zuletzt wird von Hr. Dr. Behr auf die Notwendigkeit einer umfangreichen Überarbeitung der Antragsunterlagen für das wasserrechtliche Verfahren zur Revitalisierung einer Teilfläche des Siebendorfer Moores (Kompensationsfläche für Industriepark) hingewiesen.

Auf Nachfrage wird zum Zustand des Gehweges am Trebbower Weg zum Aubach informiert. Dieser sei in einem sehr schlechten Zustand. Hier müsste ein grundhafter Ausbau erfolgen, welcher hohe Ausbaubeiträge für die Anwohner nach sich ziehen würde. Von der Kommune Trebbow gibt es auch eine Initiative für ein mögliches Förderprogramm.

Zur Anfrage bezüglich der Bekämpfung von vermehrten illegalen Graffiti in der Körnerstraße teilt Hr. Nottebaum mit, dass der Vorschlag des Polizeipräsidenten zur Gründung eines Arbeitskreises befürwortet wird. Außerdem kann die Verwaltung prüfen, inwieweit eine vermehrte Kontrolle durch den Kommunalen Ordnungsdienst erfolgen kann.

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 4.1 1. Information zum Sachstand der Sicherungsmaßnahme Deponie Finkenkamp
2. Überplanmäßige Ausgabe
Vorlage: 01217/2017

Bemerkungen:

Hr. Schlick führt in die Vorlage ein. Dabei macht er zuerst darauf aufmerksam, dass der Beschlussvorschlag unter Nr. 2 zu einem vollständigen Satz umgeändert wird. Dann wird erläutert, dass aufgrund der bestehenden Wohnstandorte besondere Schutzmaßnahmen zu ergreifen waren, welche zu einer Kostenerhöhung geführt haben. Auch die Mengen des Abfalles seien höher gewesen als zunächst eingeschätzt.

Hr. Friedrich erläutert anhand einer Präsentation kurz die bisherigen Maßnahmen auf der Deponie. Zufahrten wurden für die dortigen Anwohner errichtet. Weitere Messstellen mussten errichtet werden und die Strom-, sowie Wasserleitungen wurden verlegt. Dies führte zu weiteren Mehrkosten. Die Mehrausgaben belaufen sich auf ca. 800.000 € wovon eventuell 50 % vom STALU gefördert werden. Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich damit auf voraussichtlich 3,2 Mio. €. Außerdem wird der weitere Bauablauf vorgestellt. Die Bauarbeiten sollen voraussichtlich im Herbst 2018 abgeschlossen sein.

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass eine Gewährleistung durch die vorhandenen Messstellen erfolgen kann, damit keine Schadstoffe in das Trinkwasser gelangen.

Zur Anfrage ob noch weitere Kosten entstehen können wird informiert, dass dies nicht abschätzbar sei.

Hr. Friedrich bemängelt die 15 % Steigerung der Nebenkosten und bittet daher um eine genauere Aufschlüsselung. Die Verwaltung fügt dies dem Protokoll bei.

Beschluss:

1. Der Sachstand der Sicherungsmaßnahme Deponie Finkenkamp wird zur Kenntnis genommen.
2. Den überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Teilhaushalt 11 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

zu 5.1 Hundekotbeutel aus verrottungsfähigem Material
Vorlage: 01236/2017

Bemerkungen:

Fr. Micheilis stellt den Antrag kurz vor. Sie macht darauf aufmerksam, dass Plastiktüten die Umwelt erheblich belasten.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	0

zu 5.2 Einführung einer Ersthelfer-App Vorlage: 01246/2017

Bemerkungen:

Es wird sich darauf verständigt, dass der Ursprungsantrag der Fraktion Unabhängige Bürger und der Änderungsantrag der CDU-Fraktion gesondert abgestimmt werden.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger wird abgelehnt.

Dem Antrag der CDU-Fraktion wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1.) nach Vorlage der Evaluation des Projekts Land/Rettung im Landkreis Vorpommern-Greifswald, der Stadtvertretung einen qualifizierten Vorschlag inklusive Kostenübersicht und Terminkette zur Einführung einer Ersthelfer-App in der Landeshauptstadt Schwerin vorzulegen.

2.) jährlich – unter Einbeziehung der Schulen und Berufsschulen, des Deutschen Roten Kreuzes und des Schulsanitätsdienstes in der Landeshauptstadt Schwerin – in einem geeigneten Rahmen einen Ersthelfer-Tag zu veranstalten, um auf lebensrettende Maßnahmen der Ersthilfe aufmerksam zu machen und Menschen an diese Thematik heranzuführen, Techniken der Ersthilfe aufzufrischen oder neu zu erlernen.“

Abstimmungsergebnis Antrag UB:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	6
Enthaltung:	0

Abstimmungsergebnis Antrag CDU:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	0

zu 6 Sonstiges

Bemerkungen:

Fr. Micheilis bemerkt, dass rote Hundekotbeutel weniger unsachgerecht entfernt werden als schwarze Hundekotbeutel. Dies soll als Tipp an den Eigenbetrieb weiter gegeben werden.

Hr. Lembke bittet um Auskunft zur Richtigkeit der Signalanzeigen an der Ampel in der Ludwigsluster Chaussee zur Abbiegung in die Hagenower Straße, da die Grünphase dort sehr gering ausfällt.

Hr. Nottebaum berichtet, dass hier kein Fehler vorliegt, da dies der Wunsch der Bürgerinitiative Gartenstadt war und deshalb in der Stadtvertretung so beschlossen worden ist. Für den Geradeausverkehr liegt ein Fehler bei der Kamera in der Signalanzeige der Ampel vor. Der Nahverkehr hat aber bei einer hohen Wartezeit die Möglichkeit eine Grünschaltung zu fordern, damit Verspätungen vermieden werden können. Genaueres wird noch einmal mit dem Nahverkehr Schwerin erörtert.

gez. Manfred Strauß

Vorsitzende/r

gez. Monika Fender

Protokollführer/in